

23.10.2014

## RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Edlinger, Vladyka, Waldhäusl, Ing. Rennhofer und Dr. Sidl

zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Jahres-Umwelt-, Energie- und Klimabericht 2013, LT-473/B-15/1

betreffend **NEIN zu Subventionen für Atomkraft, zu neuen Atomkraftwerken und Atommüll-Endlagern an unserer Grenze**

Der verheerende Reaktorunfall in Fukushima am 11. März 2011 ist allen noch in Erinnerung. Innerhalb der Staatengemeinschaft der Europäischen Union hat dies zu einem Nachdenkprozess hinsichtlich der Sicherheitsstandards bei Kernkraftwerken geführt – bis hin zum Atomausstieg in Deutschland.

Deshalb ist es unverständlich, dass am 8.10. 2014 die EU-Kommission entschieden hat, dass das britische AKW Hinkley Point mit Staatsbeihilfen gefördert werden darf. Damit wird einem privaten Investor für den Bau des Kernkraftwerkes eine Einnahmesicherheit für 35 Jahre garantiert. Die Bundesregierung hat angekündigt gegen diese Entscheidung der EU-Kommission beim EuGH eine Nichtigkeitsklage einzubringen.

Alarmierend ist weiters, dass am heutigen Tag von der tschechischen Atombehörde die Genehmigung für den Ausbau des grenznahen Atomkraftwerks Temelin erteilt wurde, obwohl erst im April der tschechische Energiekonzern CEZ die Ausschreibung aus Rentabilitätsgründen storniert hat. Auch für das südmährische AKW Dukovany gibt es nach wie vor Ausbaupläne.

Ungelöst bleibt hingegen die Frage der Lagerung von ausgedienten Brennstäben. Für die Entsorgung des hochgefährlichen Atommülls gibt es bis heute keine sicheren Endlager.

Diese Woche wurden von den tschechischen Behörden Oberflächenuntersuchungen für potenzielle Endlager-Standorte genehmigt. Insgesamt werden 7 Standorte geprüft. Im Jahr 2015 soll auf Grund der Untersuchungen die Zahl auf 4 Standorte reduziert werden.

Aus der Sicht Niederösterreichs sind vor allem die Standorte Kravi Hora und Čihadlo kritisch zu sehen. Kravi Hora liegt nur 80 km nördlich von Laa/Thaya und gilt bei Experten als geologisch besonders kritisch. Čihadlo ist nur 25 km von der Grenze entfernt.

Der niederösterreichische Landtag hat sich bereits mehrmals für einen europaweiten Ausstieg aus der Energiegewinnung durch Kernkraft und gegen grenznahe Atommüllendlager ausgesprochen. Grenznahe Atomkraftwerke und Atommüllendlager stellen für Niederösterreich ein unverantwortbares Sicherheitsrisiko dar. Die Belastung für Niederösterreich und seine zukünftigen Generationen mit der riskanten Technologie der Atomkraft muss verhindert werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

### **A n t r a g :**

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

- „1. Die Landesregierung wird aufgefordert an ihrer strikten Anti-Atom-Politik festzuhalten.
2. Weiters wird die Landesregierung aufgefordert, an die Bundesregierung mit folgenden Forderungen heranzutreten:
  - a) Rasche Einbringung der Nichtigkeitsklage gegen die Subventionierung des AKW Hinkley Point beim Europäischen Gerichtshof;

- b) Sich auf EU-Ebene für eine klare Energiepolitik in Richtung mehr erneuerbare und sichere Energie einzusetzen sowie die Abhängigkeit von hochriskanter Atomenergie weiter zurückzudrängen;
- c) Alle rechtlichen Möglichkeiten gegen geplante Atommüll-Endlager in Grenznähe auszuschöpfen.“